Nr. 41 | 2021

Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

KAMPF UMS KLIMA

Die IG Metall und die Automobilindustrie > 6

Covid-19: Von Leugnern und dem, was bleibt > 13

Rechte Gewalt und Hetze fordern uns heraus > 18

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

leider bestimmt CoViD-19 weiterhin unser tägliches Miteinander oder sagen wir besser unser tägliches Distanzhalten. Die Gesellschaft für deutsche Sprache kürte die „Coronapandemie“ zum Wort des Jahres 2020. Auch in dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit dem Thema.

Daneben gibt es viele andere wichtige Fragen, die einer Antwort bedürfen: Die Gefahren des Klimawandels für Mensch und belebte Natur steigen. Wer tut etwas dagegen? Lassen wir zu, dass der Rechtsextremismus an Boden gewinnt? Nehmen wir die Verantwortung, die in unserer Geschichte liegt, noch wahr? Gibt es im Gesundheitssektor positive Entwicklungen?

Wir hoffen, dass uns eine interessante Zeitung gelungen ist, die gerne gelesen wird, und freuen uns auf Rückmeldungen und Anregungen, am besten an wir@aulbremen.de.

Übrigens: diese Ausgabe der „WIR“ wurde von der Redaktion in Onlinesitzungen geplant. Das war für uns eine neue, aber interessante Erfahrung. Trotzdem freuen wir uns, wenn wir uns bald wieder persönlich sehen und treffen können . . .

Eure Redaktion

Einem Teil der Ausgabe liegt der Flyer mit dem Veranstaltungsprogramm zum „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ bei.

Inhalt

3 **Welche Zukunft?**
Interview mit Bremer Fridays for Future
Wolfgang Bielenberg

6 **IG Metall und die Automobilindustrie**
Udo Hannemann

9 **Die Geschichte der Automobilindustrie**
Udo Hannemann

11 **Wo schall de Atomschiet op ewig henkamen?**
Holger Zantopp

13 **Halte dich fern von allen Corona-Leugnern**
Holger Zantopp

14 **Impressum**

15 **Corona – was bleibt?**
Traudel Kassel

17 **Die rote Zone – Corona in Italien**
Bettina Weise

18 **Es hört nicht auf ...**
Hetze und rechte Gewalt in Deutschland
Bernd Krause

20 **Der „Heldenhain“ auf der Altmannshöhe**
Wolfgang Bielenberg

21 **„Untermenschen“**
Sowjetische Zwangsarbeiter*innen
Reiner Meissner

23 **Lobbyismus in Berlin**
Bernd Krause

25 **Bessere Pflege in Sicht?**
Marlene Henrici

26 **Leserbriefe**

26 **ver.di-Senior*innen besuchen**
Bürgermeister Bovenschulte
Bernd Krause

27 **Internationaler Tag der Älteren Generation**
Bernd Krause

28 **Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens**
an die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar

Welche Zukunft?

Fridays for Future (FFF) bewegte auch 2020 weltweit Millionen von Schüler*innen und anderen, überwiegend jungen Menschen. An ihren Forderungen kommt niemand mehr vorbei. WIR sprach mit zwei Vertreter*innen aus Bremen.

Wolfgang Bielenberg

- **Könnt ihr euch bitte für unsere Leser*innen vorstellen?**

LOTTA: Hallo, ich bin Lotta und mittlerweile 13 Jahre alt, ich gehe gerade in die 8. Klasse der GSM Brokstraße.

JARO: Moin, ich bin Jaro, 19 Jahre alt und ich bin bei FFF in Bremen seit März 2019 aktiv. Ich mache derzeit meinen Bundesfreiwilligendienst hier in Bremen, bin also mit der Schule fertig, was aber nicht bedeutet, dass ich nicht bei FFF weiterhin aktiv bin.

- **Wie seid ihr dazu gekommen bei FFF mitzuarbeiten?**

LOTTA: Ich bin durch meine Mutter dazu gekommen. Sie hat mir davon erzählt, als FFF noch ganz neu in Bremen war, und dann bin ich einfach mal zur Demo gegangen und bin dann recht schnell in die Orgagruppe eingeladen worden.

JARO: Ein guter Freund von mir war von der ersten FFF-Demo an mit dabei, er hat auch einige Menschen in unserem Freundeskreis mit FFF in Kontakt gebracht. Das war auch bei mir so, wobei das anfangs terminlich nicht alles so gepasst hat, daher bin ich erst etwas später eingestiegen als andere Menschen, die ich kenne.

- **Habt ihr euch schon vorher politisch engagiert?**

JARO: Das war tatsächlich auch einer der Gründe, warum das bei mir anfangs nicht so gepasst hat. Einerseits war ich in meiner Schule in einigen politischen AG's engagiert: Jugend Debattiert, die Schüler*innenzeitung oder auch die Schüler*innenvertretung. Andererseits war ich in der Basisgruppe Neustadt der linksjugend ['solid] aktiv, eine Jugendorganisation, die mit der Partei DIE LINKE assoziiert ist, allerdings kein fester Teil der Partei ist, anders als z.B. die GJ oder die

Jusos. Ein Großteil unserer Basisgruppe hat in Folge der Regierungsbeteiligung der Linkspartei die Linksjugend verlassen, weil es da im Prozess rund um die Koalitionsverhandlungen interne Auseinandersetzungen, sowohl innerhalb von ['solid], als auch mit Teilen der Linkspartei gab.

LOTTA: Ich habe mich tatsächlich vorher noch gar nicht politisch engagiert, aber bei mir nimmt es durch FFF generell zu.

- **Wie seht ihr die Situation in Zeiten der Corona-Krise**

LOTTA: Meiner Meinung nach ist es so, dass auch wenn die gesamte Situation ziemlich anstrengend ist und Mensch manchmal einfach keine Lust mehr darauf hat, dass Mensch trotzdem enorm viel daraus lernen kann. Noch dazu sehen wir gerade, wie schnell die Politik - wenn sie eine Krise ernst nimmt - handeln kann und hoffentlich können sie ja so auch mal an die Klimakrise herangehen.

JARO: Die aktuelle Situation mit Corona seit März zeigt eigentlich die tieferliegenden Probleme unserer Gesellschaft, vor allem wie wir unsere Gesellschaft, sprich das politische und wirtschaftliche System organisieren. Es zeigt auf der einen Seite, dass wenn wir ganz akut und unmittelbar betroffen sind, schnelle, auch tief einschneidende Maßnahmen getroffen werden können. Wenn aber die Bedrohungslage nur etwas abstrakter ist oder z. B. uns in Europa nicht so betrifft wie viele Teile des globalen Südens, dann wird die Notwendigkeit zu handeln auf einmal eben extrem gering angesehen; jedenfalls ist es das, was wir derzeit bei den Politiker*innen nicht nur in Deutschland, sondern in vielen westlichen Ländern beobachten können.

Andererseits zeigt uns die aktuelle Situation aber auch, dass unser aktuelles System, vor allem das wirtschaftliche, überhaupt nicht krisensicher ist. So lange die Wirtschaft wachsen kann, funktioniert alles super. „Wachstum“ bedeutet ja eigentlich nichts als „mehr Konsum“ und das zeigt das Verrückte: Nur wenn wir mehr konsumieren als vorher, kann unsere Wirtschaft, also auch all unsere soziale Sicherung, funktionieren. Kommt nur ein Störfaktor hinzu, wie z. B. eine Pandemie, gehen auf einmal Unternehmen insolvent, Arbeiter*innen müssen entlassen werden oder in Kurzarbeit usw. Und auch die Klimakrise wird irgendwann in Zukunft auch hier in Europa ein massiver Störfaktor werden, dann wird es noch mehr krachen als jetzt. Die wichtigste Konsequenz ist jetzt, dass wir unser System, also den Kapitalismus, eben jetzt überwinden müssen und nicht, wenn es schon zu spät ist: Denn das, was wir jetzt erleben, ist ein Witz im Gegensatz dazu, was uns ggf. in der Zukunft noch erwarten wird. Daher ist auch eine unserer Forderungen vom 25.9. gewesen: „System change, not climate change“.

- **Was hat eure Bewegung FFF bis jetzt erreicht?**

LOTTA: Ich glaube, dass wir vor allem erreicht haben, dass Menschen auf das Thema Klimakrise aufmerksam gemacht werden und dass vor allem in der Bevölkerung ein Umdenken begonnen hat. Denn das Gute ist ja, dass – wenn ein Großteil der Bevölkerung umdenkt – schon enorm viel gewonnen ist.

JARO: FFF hat nach meinem Eindruck vor allem eine breite Masse sensibilisiert und mobilisiert, sich mit dem menschengemachten Klimawandel zu beschäftigen

Bremens Kohlekraftwerke – wie hier im Hintergrund das in Hastedt – standen auch am 25.09. im Visier der Bremer Freitagsaktionen.

und für Klimagerechtigkeit einzutreten. Dass das die politischen Parteien wenig bis gar nicht erreicht hat, ist einerseits natürlich tragisch, war andererseits aber auch nicht unbedingt anders zu erwarten und das bestärkt uns natürlich auch in der Notwendigkeit von dem, was wir tun. Gleichzeitig hat sich FFF in Bremen aber auch zu einem Dreh- und Angelpunkt der gesamten Klimagerechtigkeitsbewegung gewandelt. Mir sind von vorher keine Aktionen bekannt, wo wirklich alle Arten von politischen Gruppen aus diesem Kontext gemeinsam organisiert haben: von bürgerlichen Gruppen wie dem NABU oder dem BUND bis hin zu Gruppen wie „Ende Gelände", die eben ein klar antikapitalistisches Selbstverständnis hat. Ein solch breites Bündnis aufzubauen, ist langfristig – glaube ich – mindestens genauso wichtig wie die eigentliche Mobilisation der Menschen.

■ **Was sind eure nächsten Ziele?**

LOTTA: Aufgrund von Corona ist es leider schwer wirklich im Voraus zu planen, da es sein kann, dass Mensch einen Tag vor einer Aktion alles über den Haufen werfen muss, da es zu risikoreich wäre, z. B. eine Demo zu machen, weil - sagen wir mal - die Infektionszahlen gestiegen sind.

JARO: Wir hatten vor der Großdemo am 25.9. keine wirklichen Ideen, was danach passiert, doch angesichts der hohen Fallzahlen sind auch grobe Ideen erst einmal wieder hinfällig. Die Klimakrise macht keine Pause, deswegen läuft auch die interne Abstimmung zum nächsten internationalen Streiktag schon wieder an, aber der wird erst irgendwann im Frühjahr sein. Ob es dann auch etwas in Bremen und anderen deutschen Städten geben wird, hängt natürlich davon ab, wie sich die Pandemie bis dahin entwickelt, hoffentlich zum positiven für uns alle.

■ **Welche Erfahrung habt ihr mit den Bremer Politiker*innen gemacht?**

JARO: Grundsätzlich unterscheidet sich da wenig von anderen Politiker*innen, auch nicht von denen, die im Bund Politik machen. Dabei ist es auch mehr oder weniger egal, welcher Partei sie angehören, denn keine politische Partei hat ein Programm, das das umsetzen würde, was wirklich notwendig ist, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen. Es werden hier in Bremen zwar immer wieder Vorschläge grob aufgegriffen, die aber auch nicht wirklich mehr als Alibis sind: Beispielsweise fordern wir, dass Bremen bis 2023 aus der Verbrennung von fossilen

*Keine 30 Monate sind vergangen, seit die damals 15-jährige Greta Thunberg am 18. August 2018 erstmals und da noch ganz allein mit einem Skolstrejk för Klimatet auftrat. Längst gibt es Nachahmer*innen in aller Welt.*

Brennstoffen aussteigt, die drei Kohlekraftwerke in Bremen also abgeschaltet werden. Die Landesregierung plant ja nun tatsächlich bis 2023 aus der Kohleverbrennung auszusteigen, nur um dann auf Erdgas umzurüsten. Die Verbesserung, die dadurch erreicht wird, ist minimal, reicht aber vorne und hinten nicht aus: Ein typisches Ausweichmanöver halt. Und das zieht sich eben durch die politische Jugendarbeit im Allgemeinen, dass Jugendliche und junge Erwachsene mit ihren Ideen zumeist nicht für voll genommen werden. Praktisch alle Politiker*innen wollen im Großen und Ganzen an der Art, wie es bis heute läuft, festhalten, auch wenn dies auf Kosten von den folgenden Generationen geschieht. Das haben mir nicht nur die Erfahrungen bei FFF, sondern gerade bei der linksjugend ['solid] und der Linkspartei gezeigt.

■ **Wie können wir Älteren euch unterstützen?**

LOTTA: Am meisten würde es helfen, wenn Sie auf das Thema aufmerksam machen, z. B. in Ihrem eigenen Bekanntenkreis. Und natürlich würden wir uns auch sehr über Ihre Anwesenheit auf unseren Demonstrationen freuen.

Die IG Metall und die Automobilindustrie

Udo Hannemann

Klimawandel und dessen negative Auswirkungen werden heute nicht mehr geleugnet. Das Pendel ist eindeutig in Richtung Umwelt- und Menschenschutz umgeschlagen. Industrie, Arbeitnehmer, Gewerkschaft und Politik befinden sich beim Thema Auto-Mobilität in einer Zwickmühle. Gibt es eine für alle passende „Win-Win-Situation"?

Die IG Metall, immer auch schon eine Umweltschutzbewegung, hatte bereits in den 1970er Jahren über die „Aufgaben der Zukunft" nachgedacht. Auf ihrer vierten internationalen Arbeitstagung 1972 in Oberhausen wurden von hochrangigen Gewerkschaftern und Politikern auf neun Themenfeldern Ideen und Gedanken unter Berücksichtigung der Grenzen des Wachstums vorgetragen und diskutiert.

Die Themenfelder waren: 1.) Qualität des Lebens, 2.) Bildung, 3.) Verkehr, 4.) Umwelt, 5.) Gesundheit, 6.) Regionalentwicklung, 7.) Qualitatives Wachstum, 8.) Demokratisierung, 9.) Zukunft der Gewerkschaften. Festgehalten wurden die Beiträge in 10 Taschenbüchern.

Im Band 3 - Verkehr steht auf der Seite 12: … Für die Großstadt steht bereits heute eindeutig fest, dass das Privatauto als Haupttransportmittel zum Arbeitsplatz oder zur Einkaufstätte unerwünscht ist. Die Gründe sind allseits bekannt: Luftverschmutzung und Verstopfung der Verkehrswege ...

Es werden zahllose Ideen wie zum Beispiel die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorgestellt.

Einige dieser Lösungsvorschläge sind auch heute noch zukunftsweisend.

Mit dem Buch „Geisterfahrt ins Leere" beschäftigte sich 1984 die IG Metall mit den zukünftigen Robotern und den anstehenden Rationalisierungsabsichten in der Automobilindustrie. Im Vorwort geht Karl-Heinz Janzen (Geschäftsführendes IG-Metall Vorstandsmitglied) davon aus, dass der anstehende Strukturwandel nur in enger Zusammenarbeit mit den Belegschaften erfolgen kann. Die IG Metall in den Automobilwerken entwickelte Vorstellungen im Bereich gesellschaftlich nützlicher Produkte und Dienstleistungen, im Bereich Umwelt, Energie, Rohstoff und Verkehrstechnologien, aber auch in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung und Soziale Dienste.

Hier sollte ein Teil der in Zukunft durch die steigende Produktivität verloren ge-

Schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden aus der innergewerkschaftlichen Diskussion heraus etliche Publikationen, die das System Auto und seine gesellschaftlichen Folgen kritisch unter die Lupe nahmen.

henden Arbeitsplätze durch neue Arbeitsplätze ersetzt werden. Konkret haben sich jedoch die betrieblichen Vertrauensleute und Betriebsräte auf die Themen Menschengerechte Arbeitsgestaltung, auf Arbeits- und Gesundheitsschutz konzentriert, über die umfangreich berichtet wird. Betriebliche Arbeitsgruppen, die sich Gedanken über politische Veränderungen (wirtschaftliche Mitbestimmung der Belegschaft) und Umstellung der Produktion und Dienstleistungen auf gesellschaftlich notwendige Arbeit machen, werden nicht angesprochen.

1990 entstand in Bremen ein Buch mit dem Titel „Mit Vollgas in den Stau". Die gewerkschaftlich-betriebliche Arbeitsgruppe erarbeitete unter der Leitung des Bremer IGM-Bevollmächtigten Manfred Muster und des Betriebsratsvorsitzenden bei Mercedes Benz Udo Richter ein Buch, das die IG Metall und die Politik dazu bringen wollte, auf die sich abzeichnenden Probleme durch Massenmotorisierung und Umweltzerstörung aufmerksam zu machen. Gefordert wurde ein Umdenken hin zu neuen, ökologischen Verkehrssystemen. Diese sollten maßgeblich von der Automobilindustrie mitgestaltet werden und dort Arbeitsplätze langfristig sichern. Aus heutiger Sicht interessant wird es dann aber ab Seite 150 im vierten Teil „Die ökologischen Grenzen der Mobilität" Auf über 60 Seiten werden die Probleme des „System Auto" dargestellt. Beispielsweise sind Material-, Energie- und Flächenverbrauch pro PKW in den letzten Jahren ständig gestiegen. Dazu kommen Lärmbelastung, Luft- und Bodenverschmutzung, die von den Anliegern so nicht länger hingenommen werden können. Gleichzeitig wird die erschreckende Ineffizienz des Automobils deutlich. Entgegen einem verbreiteten Vorurteil hat das Auto als Massenphänomen die Mobilität nicht erhöht, sondern es hat ein Austausch der Verkehrsmittel stattgefunden. Fahrradfahrten, Fußwege und auch Bahn- und Busfahrten wurden lediglich ersetzt durch das Autofahren. Das Vorhandensein der Autos erzeugt zusätzliche Wege. Die früher in der Nachbarschaft befindlichen Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten sind an die Ränder der Städte abgewandert und bequem nur noch mit dem Auto erreichbar.

Schneller ist die Gesellschaft durch das Automobil auch nicht geworden. Kaum jemand rechnet eingesparte Fahr-Zeit gegen die Zeit auf, die man im Stau steht und die man zur Erarbeitung des Geldes für das „System Auto" benötigt.

Trotz aller aufgeführten Gründe, die gegen ein „Automobil“ als Massenverkehrssystem sprechen, hat sich in den letzten Jahren wenig verändert.

- Das System Auto wird weiterhin von der Politik als privilegiertes Verkehrsmittel mit Milliarden Euro aus Steuergeldern gefördert.
- Flächenverbrauch und Minderung der Lebensqualität durch Automobile in den Städten führen zur Flucht auf das Land.
- Jahrzehntelanger Betrug beim Schadstoffausstoß und auch der Versuch, Automobile elektronisch aufzurüsten, wird zunehmend als Ablenkungsmanöver erkannt.
- Durch Einbau von Smartphone-Technologie und Assistenzsystemen wird kein Auto zum „Elektroauto“.
- Selbst bei konsequenter Umsetzung nach heutigen Möglichkeiten bleibt das Auto weiter ein „Stehzeug“ und verstopft die öffentlich nutzbaren Flächen in den Städten.

Die offensichtlich schädlichen ökologischen und ökonomischen Auswirkungen können trotz hoher Werbemittel der Autoindustrie nicht länger ignoriert werden.

Bei der jungen Generation hat wegen der Klimaveränderung und Ausbreitung von Krankheiten ein Umdenken eingesetzt. Ein Auto nutzen, ohne es zu besitzen (Carsharing), lieber mit der Bahn fahren statt mit Auto oder Flugzeug ist heute angesagt. Neue politische Parteien haben dies begriffen. Aber auch fortschrittliche Teile der etablierten Parteien wenden sich in diese Richtung, nachdem sie feststellen mussten, dass ihnen Mitglieder und Wähler verloren gehen.

Wollen die heutigen Autokonzerne weiter langfristig Geld verdienen, müssen sie aufpassen, dass es ihnen nicht so ergeht wie den Produzenten der Schreibmaschinen. Auch dort wurde bis zuletzt verbessert und neue Elektronik aufgepfropft.

Frisst gierig Lebenszeit: der tägliche Stau.

Dann verschwanden die Firmen vom Markt. Eine „Kugelkopfschreibmaschine mit Textdisplay“ ist heute ein begehrtes Museumsstück.

Der Umbau der Automobilindustrie kann aber nur gelingen, wenn die Belegschaften in selbstbestimmten Arbeitskreisen, demokratisch legitimiert und unterstützt von den Gewerkschaften, gemeinsam mit den Managern der Autoindustrie daran arbeiten. Vorbild hierfür sind die in den 80er Jahren innerhalb der Gewerkschaften gegründeten Arbeitskreise, die unter den Namen „Alternative Fertigung“ oder „Neue Produkte“ entstanden sind.

Eine der Erkenntnisse aus der damaligen Bewegung war, dass sich jeder Betrieb mit seinen Kolleginnen und Kollegen selbst Gedanken darüber machen muss, wo die Reise hingehen soll. Begleitet werden müssen diese Arbeitsgruppen durch Schulungen, die ihnen die Gewerkschaften anbieten können. Gute Ratschläge von außerhalb können nützlich sein, ersetzen aber nicht das Fachwissen der eigenen Belegschaft. Betriebe, die so aufgestellt sind, haben eine Zukunft. Sie können flexibel, auch mit neuen Geschäftsideen, auf Veränderungen reagieren.

Letztendlich, und hier ist die Politik in der Pflicht, müssen in den Betrieben die demokratischen Möglichkeiten und die wirtschaftliche Mitbestimmung der Belegschaften ausgebaut werden.

Die Entstehung der Automobilindustrie

Udo Hannemann

Industrie, Arbeitnehmer, Gewerkschaft und Politik stecken bei dem Thema Auto-Mobilität in einer seit vier Generationen gepflegten „Komplizenschaft", aus der alle ihren Nutzen ziehen. Um dem Thema und seinen Auswirkungen auf heutige Arbeitsplätze und Umwelt näher zu kommen, bedarf es eines Rückblicks auf die Anfänge.

Alle Menschen haben das Bedürfnis, möglichst bequem von „A" nach „B" zu kommen. Nationale Vordenker wie Johann Wolfgang von Goethe oder Alexander von Humboldt haben in inspirierenden Geschichten ihre beschwerlichen Reisen durch Europa, Amerika und Asien dargestellt. Dies war in den Jahren um 1800.

Reisen, und selbst eine Fahrt in den nächsten Ort, war damals nur wenigen Wohlhabenden vorbehalten. Ein Traum, der mangels Geldes für die Masse der Menschen unerfüllt bleiben musste.

Die Reisemöglichkeiten beschränkten sich, sofern man auf den Landweg angewiesen war, auf Ochsenkarren, auf Kaleschen und teils kunstvoll ausgestattete Kutschen, die von einem oder mehreren Pferden gezogen wurden. Zudem waren die Wege seit der Römerzeit nicht besser geworden. Land- und Heerstraßen ließen selbst für bestens gefederte Fuhrwerke nur wenig erholsames Reisen zu. Befestigte, gepflasterte Straßen waren selten und meist nur in und um größere Städte üblich.

Die Entwicklung von Verbrennermotoren führte in den 1860er Jahren zu Patentanmeldungen. Diese Verbrennermotoren beschränkten sich aber vorwiegend auf stationäre Anwendungen.

Am 29. Januar 1886 ließ sich Carl Benz das Automobil patentieren, ein dreirädriges Fahrzeug mit Verbrennungsmotor. Die damalige Zielgruppe waren reiche Personen, die mit solch einem selbstfahrenden Fahrzeug im Umkreis ihres Wohnsitzes Ausflugsfahrten machen wollten, ohne auf ihre Pferdekutschen angewiesen zu sein. Um weitere Kundengruppen zu gewinnen, wurde dieser Werbespruch formuliert:

„Das Pferd frisst immer –
Das Auto nur, wenn es fährt."

Beschleunigt wurde die Verbreitung durch den ab 1914 beginnenden 1. Weltkrieg. Die Armeen brauchten immer mehr Transportkapazität und waren bereit, für LKWs und Zugmaschinen für ihre Geschütze zu bezahlen.

Innovative E-Mobilität? Schon 1899 baute Lohner-Porsche sein Elektromobil ‚Semper Vivus".

Otto- und Dieselmotoren wurden weiterentwickelt und kamen nun in allen Land-, Marine- und Luftstreitkräften zum Einsatz. Hier wurden erstmals auch massenhaft Automechaniker ausgebildet. Gleichzeitig wurde die nutzbare Leistung

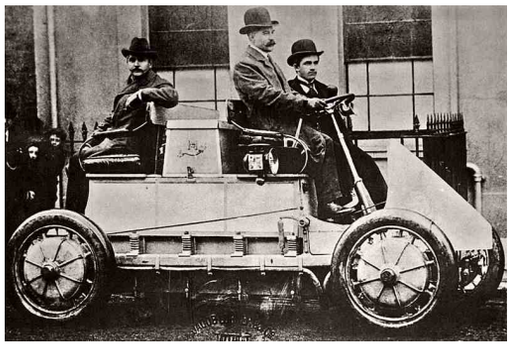
der Verbrennermotoren gesteigert, das Gewicht verringert und die Fertigungsverfahren auf eine Massenproduktion umgestellt.

Damit waren die Voraussetzungen für den kometenhaften Aufstieg der Automobilindustrie geschaffen. Um das „System-Auto“ als Massentransportmittel einzuführen, waren weitere Bedingungen erforderlich, mit denen gutes Geld verdient wurde:

- Metallerzeugende Betriebe und Maschinenbau wurden vorangetrieben.
- Straßen, Tunnel und Brücken mussten erneuert und ausgebaut werden.
- Eine vorher nicht vorhandene Infrastruktur für die Versorgung mit dem Betriebsstoff, für die Pflege und Wartung der Automobile wurden geschaffen.
- Billiger Treibstoff, in postkolonialer Manier gewonnen und verarbeitet in den Industrieländern, schien unbegrenzt und billig verfügbar zu sein.

Geld war in Deutschland und allen anderen Industrieländern hierfür reichlich vorhanden. Glänzende Zeiten für alle Eigentümer der notwendigen Handwerksbetriebe und Industriezweige.

Anfangs fehlten noch die willigen politischen Akteure, die die staatlichen Planungen im Interesse der Autoindustrie voranbrachten. Dieses Problem war aber bald gelöst. Mit der Vorbereitung eines Vernichtungskrieges wurde in Deutschland unter dem Vorwand, Automobile für das ganze Volk zu schaffen, die Industrie subventioniert. Das zeigte sich ab 1935



mit dem „Gesetz zur Wehrhaftmachung der deutschen Energiewirtschaft“. Erstmals wurde in ganz Deutschland eine einheitliche Netzspannung (220 V) und eine einheitliche Netzfrequenz (50 Hz) eingeführt. Industriebetriebe und Firmen, die kriegswichtig waren, erhielten nun verbilligten elektrischen Strom, der hauptsächlich durch Kohleverbrennung erzeugt wurde. Billigen Strom erhielten auch Autofabriken und ihre Zulieferer. Das fehlende Geld wurde durch überhöhte Stromkosten von den privaten Nutzern beschafft. Dieses Verfahren wurde nach dem 2. Weltkrieg nicht abgeschafft und erst mit dem Inkrafttreten des „Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) 1998“ geändert. Die Industrie wird jedoch weiterhin, auch heute, mit subventioniertem Strom versorgt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam die Massenmotorisierung in den Industriestaaten richtig in Schwung. Insbesondere die in der „Deutschland AG“ verbundenen Konzerne konnten nun ihre in Kriegszeiten gewonnenen Fertigkeiten gewinnbringend anwenden. In der Automobilbranche und den dazugehörenden Industrien wurden Gewinne wie sonst nur im Drogenhandel erwirtschaftet. Es war gelungen, die Politik in den Industriestaaten von den Arbeitsplätzen im Automobilbau und allen zuliefernden Bereichen abhängig zu machen.

Auch die Beschäftigten profitierten und wurden dank starker Gewerkschaften mit immer höheren Löhnen am Gewinn beteiligt. Sie konnten nun auch Automobile erwerben und mit dem Auto in den Urlaub fahren. Ganze Städte wurden „autogerecht“ umgestaltet. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr wurde zurückgefahren, Eisen- und Straßenbahnen durch Busse und LKWs ersetzt, deren Frequenz verringert. Wer auf dem Lande oder in der Vorstadt wohnt, kann (soll...) heute auf ein eigenes Auto nicht verzichten.

Oben: Lohner-Porsche Rennwagen mit Allradantrieb von 1900.
Unten: ein Fiat aus der Frühphase des Lastkraftwagenbaus.

Wo schall de Atomschiet op ewig henkamen?

Ok Bremen steiht op de List vun en mööglich Endlager

Holger Zantopp

In´t Wendland warrt dat keen Atomendlager geven. To´n goden Sluss is Gorleben nu ruutfallen. 1977 harr sik dat de dormalige Lannsregerungsbaas Albrecht fien utdacht, in düsse Gegend en Endlager boen to laten. Dor gifft dat nich so vele Minschen, de sünd sacht un sinnig, se sünd nich opsternaatsch, harr he sik dacht. Butendem sünd dor ünner de Eer Soltstöcker, de een as Versteek för den Atomdreck bruken kann. He un de Bunnsregerung harrn avers nich mit Protesten vun Börgers rekent, ok nich vun de Buern.

Dat Gorleben nu nich mehr dorbi is, dat is keen Glück, sünnern ok dat Resultaat vun de johrteihntelangen Protestakschoonen. De Bunnsgesellschaft för dat Söken na en Endlagersteed (BGE) hett kloormaakt, wat de Börgerinitiative siet mehr as 40 Johr seggt harr: Bi de Soltstöcker in´t Wendland löppt geologisch nich allens rund. Gorleben ist keen Steed för Atomaffald!

Vele Mööglichkeiten för dat „Versteken" vun Nuklearaffall

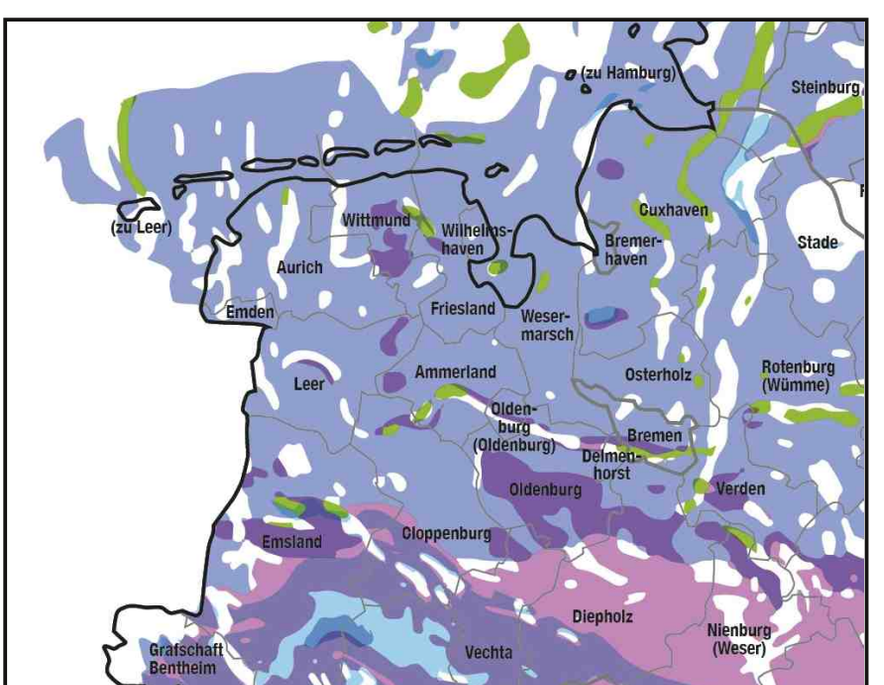
De BGE harr in't Harvst en List vörleggt mit 90 Steden in Düütschland, wo de Atomschiet womööglich verbuddelt warrn kann. Dor schall sik de radioaktive Schietkraam afköhlen. Dat duert nich hunnert oder dusend Johr, dor warrt en Tall vun een Million Johr nöömt! Nich to glöven, ik kann mi dat gor nich vörstellen.

Glöövt denn würklich een, dat dat mööglich is, Nuklearmüll för so en lang Tiet afsluuts seker liggen to laten? In dat Lager dröff keen Water rinkamen. Un keen radioaktiv Water dröff ruutlopen. Dat geiht üm 1.900 Castor-Tünnen. Bet to dat Johr 2022 warrt woll sovele Tünnen in Twüschenlagers tosamenkamen. Dat letzte Atomkraftwark schall an´t Enn vun 2022 vun´t Nett gahn.

2031 wüllt se denn een för allemal en Steed funnen hebben. Gorleben kann sik utrohen, dat Atomaffald-Problem is avers noch nich lööst, dat Malöör warrt blots verleggt. Denn de Castoren, de bet dorhen in Gorleben staht, mööt na dat Endlager bröcht warrn.

Vun 2050 af an wüllt se de Tünnen mit Affald op ewig inlagern. Fraagt sik blots, wo schall dat allens hen? Bayern hett al seggt, nee, velen Dank. Ministerpräsident Söder meent, sien Bunnsland is nich passlich för so en Endlager. Kritikers hebbt em vörsmeten, Bayern hett in de verleden Johrteihnten veel vun de Atomenergie wat afkregen. Nu mutt dat Land dorför instahn. Dat liggt nu in Söder sien Hand, Atommüll ok in Bayern to akzepteren. He is avers füünsch un is mit den Söökperzess rund üm dat Endlager nich tofreden.

Kummt Bremen as Atomendlager würklich in Fraag?



Dank „prätertiären Tongesteins" (lila) sind auch Teile des Bremer Untergrunds auf die Karte der Endlager-Sucher geraten.

Die Fässer einfach in ein ausgedientes Salzbergwerk kippen? Im Fall der Asse II erwies sich das als kostspieliger Irrtum.

De BGE hett angeven, 54 Perzent vun dat Flach in Düütschland sünd möögliche Endlagersteden. Dele vun Bremen sünd ok dorbi, jüst so as de Wümme-Region, ok en Deel vun Grasbarg un Rottenborg. De geologischen Grundlagen maakt dat in´t Prinzip mööglich, seggt de Fachlüüd. Is avers noch nix fastleggt. Dat duert woll noch Maanden oder gor Johren, üm de Tall vun Steden lütt un lütter to maken, bet blots noch een Lager trüchblifft.

Ünner de Stadt Bremen gifft dat grote Soltstöcker, to´n Bispill in Oberneeland, Borgfeld, Hoorn-Leh, Borglesum, Huchten, Neestadt, Hemeln un Osterholt, avers ok ünner de Eer vun Leendool in Neddersassen. Wat gifft to´n Sluss den Utslag? Woveel Minschen dor wahnt, dat is ok wichtig. Dat is avers keen gode Naricht för Lüüd, de in Flachen leevt, wo wenig Minschen hentrocken sünd. Dat sonöömte "Sankt-Florians-Prinzip" warrt denn gellen. Nümms will den Schiet bi sik tohuus oder dichtbi hebben. Wenn dat Endlager faststeiht, denn kummt dat wiss un wohrhaftig to bannig grote Protestakschonen, so as fröher in Gorleben un in´t Wendland.

Lüüd snackt ok över Sylt as Weeg för en Endlager

In de List vun de BGE warrt en poor Flachen nöömt, de sik Experten as Endlager vörstellen köönt: To´n Bispill Sylt. De Insel in de Noordsee is nich blots en Eiland för de Rieken un all Lüüd, de sik jümmerto op Schick bringt. Ok Wirtschaftslüüd un Politikers sünd dorbi, de bi de Atomfraag alltiet den Toon angeven harrn, de uns dat Malöör mit den Affall inbröcht hebbt. Op dat Eiland gifft dat avers ok Armot. Lüüd, de nix in de Melk to krömen hebbt, mööt na de "Sylter Tafel" hengahn, üm sik wat to´n Eten aftohalen. Se hebbt mit den Atomschiet nix to doon.

Avers de Rieken köönt sik denn op Sylt in jümehren "lütten Sommerhuus" verpuusten. Dor warrt se denn op´n Barg vun Castor-Tünnen sitten. Se sülvst hebbt den Atomschiet produzeert oder den Opdrag geven. Dor is seker keen Bangbüx dorbi. Wenn dat doch de Fall is, denn mööt se blots een Million Johr aftöven, ehr dat de Spöökkraam vörbi is. Ik denk, dat is bannig licht, över düsse korte Tiet de Übersicht to behollen, oder?

Anfang November rollten nach neun Jahren Pause wieder Castoren durch die Republik. Militante Proteste wie in früheren Jahren wurden nicht mehr beobachtet.

„Halte Dich fern von allen Corona-Leugnern“

Holger Zantopp

Mein lieber Freund Hannes!

In all den Jahren unserer Freundschaft waren wir uns meistens einig. Wenn wir über „Gott und die Welt“ diskutiert haben oder über knallharte politische Themen, dann gab es nur wenige Differenzen. Das fing schon bei Debatten um den Vietnam-Krieg an und setzte sich zum Beispiel über Fragen der Rüstung, des globalen Kapitalismus, des Faschismus, der Atomenergie und des Klimawandels fort. Das war die Zeit vor Corona.

Dann aber hast Du mir geschrieben, dass Du Dir Sorgen machst wegen des staatlichen Vorgehens zur Bekämpfung der Pandemie. Du sprichst davon, dass Corona missbraucht werde, um Grundrechte einzuschränken. Ja, es gibt nach meiner Meinung tatsächlich einen Missbrauch, aber von Leuten, die bei ihren Corona-Protesten hemmungslos und aggressiv den demokratischen Rechtsstaat attackieren. Wir beide hatten uns immer für die Wahrung von Grundrechten eingesetzt. Ich muss zugeben, dass ich mich in der Abwägung zwischen Gesundheitsschutz und Freiheitsrechten nicht so eindeutig positioniert habe.

Aber etwas ist unzweifelhaft klar: Wenn mich staatliche Maßnahmen stören sollten, dann käme ich niemals auf die Idee, mit Neonazis, Antisemiten, Reichsbürgern, Identitären, Hooligans, Impfgegnern und Verschwörungstheoretikern gemeinsame Sache zu machen. Auch nicht mit der AfD. Dass „Gäste“ dieser Partei im Bundestag mehrere Abgeordnete überfallartig belästigt, verhöhnt und bedrängt haben, zeugt von größtmöglicher Demokratieverachtung. Natürlich weiß ich, dass auf Demonstrationen auch andere Leute unterwegs sind, die man nicht dem braunen Sumpf zuordnen kann.

*Wer aber das Demonstrationsrecht wahrnimmt, jedoch keinen Abstand hält und auf Masken verzichtet, gleichzeitig aber Vertreter*innen aus Politik, Journalismus und Virologie*

den Knast „empfiehlt“, hat jede Glaubwürdigkeit verloren. Auch Du, mein lieber Freund, hast davon gesprochen, dass „Widerstand“ gegen die Corona-Maßnahmen notwendig sei. Ich aber meine, dieser Begriff sollte in erster Linie den Widerstandskämpfern gegen das Nazi-Regime vorbehalten bleiben. Und wenn auf Demonstrationen die Namen von Nazi-Opfern wie Anne Frank und Sophie Scholl benutzt werden, um Deutschland einen angeblichen Faschismus zu bescheinigen, dann ist das ungeheuerlich.

Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht das Verbot durch den Bremer Senat bestätigt. Dennoch kam es am SA 5.12. zu einzelnen Aufmärschen der „Querdenker“. Im Bild: Gegendemonstranten und Polizei am Stern. (Bildquelle: Buten un binnen)

Bei der hoffentlich vorübergehenden Einschränkung von Freiheitsrechten handelt es sich nicht um einen Selbstzweck, sondern um Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Gefahren. Ja, es stimmt, manche Beschlüsse sind nicht plausibel, widersprüchlich oder nicht vermittelbar. Die AfD spricht aber im Zusammenhang mit dem Infektionsschutz von einem „Ermächtigungsgesetz“ der Bundesregierung – natürlich in Anspielung auf 1933. Aus rechtsextremistischen Kreisen ist außerdem zu hören, das Grundgesetz sei ein Produkt der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Also kein deutsches Recht, sondern Besatzungsrecht.

Selbstverständlich wird dann die geltende bundesdeutsche Verfassung von den selbsternannten Demokratiewächtern abgelehnt.

Mein lieber Freund, ich hoffe, dass Du um alle Corona-Leugner einen großen Bogen machst. Dass sich unsere gemeinsame Form des Widerstandes gegen diejenigen richtet, die ihre Querdenken-Demonstrationen für Angriffe auf die Demokratie missbrauchen.

In diesem Sinne, es grüßt Dich Dein alter politischer Weggefährte

Holger

IMPRESSUM

Die Zeitung wird gefördert durch EVG Bremen, GEW Bremen, IG Metall Bremen, NGG Bremen und ver.di Bremen. Über weitere Mitarbeiter*innen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

HERAUSGEBER & KONTAKT
Arbeitskreis DGB-Senior*innen Bremen
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22–28, 28195 Bremen
E-Mail wir@aulbremen.de

DRUCK
Wir machen Druck

REDAKTION
Wolfgang Bielenberg (GEW), Gerd Bohling, Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann Wilkening (IGM), Cornelia Förster-Bonomo, Wolfgang Schröder (NGG), Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici, Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner, Margot Müller, Günther Wesemann, Manfred Weule, Brigitte Wilkening, Holger Zantopp (ver.di)

V.i.S.d.P.
Jens Tanneberg
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
Tel. 0421 / 960890

Frühere WIR-Ausgaben unter >>> https://www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir

Corona – was bleibt?

Die Pandemie ist noch nicht vorbei – auch wenn unentwegt Demonstrierende meinen, dass dem so sei.

Traudel Kassel

Die meisten Menschen haben sich mehr schlecht als recht in dem Ausnahmezustand Corona eingerichtet. Maskentragen hat jeder für sich so gut es geht perfektioniert, auch wenn die Vorstellungen über Tragedauer und Reinigung sehr unterschiedlich ausfallen. Inzwischen hat sich die Politik zu besser schützenden FFP2-Masken für Risikogruppen vorgearbeitet – eine gute Sache. Noch besser hätte ich allerdings gefunden, wenn Personal in Gesundheitsberufen und Arztpraxen vorrangig versorgt worden wären. Da hapert es immer noch mit der Verteilung. Wie lange die Pandemie noch dauert – niemand weiß das. Von unserem Verhalten, unserer Bereitschaft Kontakte über lange Zeit einzuschränken, soll es abhängen.

Aber dabei sind die Chancen ungleich verteilt. Die vielen, die zur Arbeit müssen, die sich in volle Busse und Bahnen quetschen müssen – Maske hin oder her. Die dort arbeiten, wo sie sich nicht optimal schützen können, die in kleinen Wohnungen zu mehreren leben, den gleichen Aufzug nutzen. Reale Spaltung verläuft nicht zwischen Generationen, sondern zwischen Hausbesitzern mit Garten und viel Platz, die sonntags mal ins Grüne fahren können, um sich vom Alltags- und Coronastress zu erholen und denen, deren Erholung in ihrem Viertel darin besteht, sich mit Familie und Leuten zu treffen.

Aber am Horizont ein schmaler heller Streifen, ein Hoffnungsschimmer, dass es bald einen Impfstoff geben soll, der alles wieder heile macht. Wann breite Teile davon profitieren werden, wie lange die Wirkung vorhält – auch das weiß noch niemand. Trotz aller Unwägbarkeiten fragen wir heute schon: Was bleibt, wenn es irgendwann vorbei sein wird? Und suchen nach Antworten.

Wir sehen schon heute Anzeichen,

- dass die Einen nachher noch reicher und die Anderen noch ärmer sein werden als zuvor,
- dass die Kosten von Krisenlösungen in der Regel auf die breite Bevölkerungsmehrheit abgewälzt werden,
- dass die ärmsten Rentner*innen unter der Nullrunde 2021 um vieles mehr leiden werden als die gut situierten, die sich schon wieder auf die nächste Kreuzfahrt freuen,
- dass die mächtigen Konzerne die größten Hilfen einstreichen, ohne von ihrer

Längst nicht jeder Mund-Nasen-Schutz lässt sich nach der Wäsche neu verwenden. Viel Einwegware landet im Müll.

Auch wir „WIR-ologen“ werden vom Virus ins Digitale gedrängt. Hier sprachen zwölf Mitglieder der Redaktion über das vorliegende Heft.

Macht etwas einzubüßen oder dafür auf Belegschaftsabbau zu verzichten. Und selbst wenn sich dieser „sozialverträglich“ vollziehen sollte, bedeutet das, dass Menschen durch das löchrige Netz fallen und sich in prekären Verhältnissen wiederfinden: Minijobber*innen, Werksvertrags- und Leiharbeiter*innen,

- dass viele kleine Betriebe aus Gast- und Veranstaltungsgewerbe, Existenzen von Künstler*innen und Schullandheimen usw. zusammenbrechen und Menschen verzweifeln,
- dass diejenigen Kurzarbeiter, die ein gutes Gehalt haben und vom Arbeitgeber eine Aufstockung erhalten – manchmal bis auf 100%, die gewonnene Freizeit genießen können. Geringverdiener, die keine oder eine geringere Aufstockung erhalten, müssen froh sein, wenn sie nach vielen Monaten Kurzarbeit ihre Miete noch bezahlen können. Wenn dann auch noch der Minijob des Partners/der Partnerin wegfällt – gute Nacht!
- dass die vor der Pandemie benachteiligten Schulkinder auch weiter benachteiligt bleiben, weil das, was ihnen fehlt, weder durch I-Pads im Unterricht noch durch „homeschooling“ beseitigt werden kann.

Das muss nicht so kommen, wenn Menschen sich selbstbewusst organisieren und Ungerechtigkeiten ihre Solidarität entgegenstellen. Die mündige solidarische Gesellschaft ist gefragt.

Was hoffentlich bleiben wird:

- Die vielen neuen Erfahrungen, die wir alle in dieser Zeit gemacht haben – die Erkenntnis, was wirklich Wert hat und wichtig ist.
- Die Wertschätzung für die Menschen in den wichtigen Berufen, die für die Gesundheit und für das Funktionieren der Gesellschaft unverzichtbar sind. Gewerkschaftliche Kämpfe sind dafür entscheidend, ob diese Wertschätzung dauerhaft gelingt.
- Die vielen kleinen Freuden, die manchen die Pandemie erträglicher gemacht haben.
- Die witzigen Videoclips, der schier unerschöpfliche Ideenreichtum, mit dem Menschen sich den Herausforderungen gestellt haben. Orchester, die auf Hochhausdächern Konzerte gaben, weltweit Tänze auf öffentlichen Plätzen – in gebührendem Abstand, die Lebensfreude ausstrahlen.
- Die Fortschritte vieler Menschen sich digital zu vernetzen, auch wenn das eigentlich „nicht ihr Ding“ ist. Nur – das ist auch nicht für alle eine Lösung. Wir haben auch gelernt, dass digitale Treffen nicht den persönlichen Kontakt und die Diskussion von Angesicht zu Angesicht ersetzen können – von Berührungen ganz zu schweigen.
- Die Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme, die wir größtenteils erfahren haben. Das Anfreunden reiselustiger Menschen mit ihrer näheren Umgebung. Wird davon etwas bleiben, wenn die Rückkehr in „normales“ Leben wieder möglich ist?

Die Hoffnung ist, dass sich zumindest bei mehr Menschen als vor der Pandemie eine neue Vorstellung davon entwickelt, was normal sein sollte und was eigentlich abgeschafft gehört.

Der Artikel ist Ende Oktober entstanden, so auch die nebenstehende Graphik. Seither haben sich die Schwerpunkte des Infektionsgeschehens im Land deutlich verschoben. So wurden Piemont und Lombardei im Nordwesten von Rot auf Orange zurückgestuft. (Anmerkung der Redaktion)

Corona-Eindrücke aus Italien

Die rote Zone

Bettina Weise

Da ich in Norditalien, Piemont, lebe, habe ich gestern den letzten Tag vor dem Lockdown genutzt, um einen schönen Spaziergang in der herbstlichen Sonne zu machen…. Und zwar nicht vor meiner Haustür. Das Luftschnappen, der Kontakt zur Natur oder der Freizeitsport im nahen Umkreis der eigenen Wohnung wird mir nämlich ab morgen auferlegt: Wir (Piemont) sind "zona rossa", rote Zone.

Wieder sind Bibliotheken, Restaurants und Cafés und vieles mehr geschlossen. Der einzige Unterschied zum Frühjahr besteht darin, dass Kitas, Grundschulen und Mittelschulen (Schulform in Italien, zwischen Grundschule und Sekundarstufe) weiterhin geöffnet sind.

Mehrere Regionen sind dabei, ihre Farbe (dieses Mal nicht die politische) zu ändern: Kampanien wird wohl Rot werden.

Italien hadert. Die Regionen streiten: Entweder alle oder keiner. Warum sind wir rot und die orange (weniger oder keine Restriktionen aufgrund der besseren Zahlen) etc. Es fühlt sich alles gleich an wie im Frühjahr, aber auch anders, als ob wir mehr wüssten, die Ärzte und Krankenhäuser besser vorbereitet wären.

Viele Italiener und Italienierinnen zweifeln. Sie halten sich nicht zurück, wenn es darum geht zu protestieren oder die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zu kritisieren. Immer mehr Leute werden zu "negazionisti" – für sie gibt es kein Corona-Virus. Andere lassen ihren Frust so ab: "Bringt doch nichts, wenn wir zu Hause bleiben. Können wir wieder raus, dann stecken wir uns sofort an... die wollen doch nur das marode Gesundheitssystem über den Berg bringen" und die Krankenhäuser vor dem "crollo totale", dem völligen Zusammmenbruch, retten.

Italien hält sich jedoch als Gros an die Regeln. Man freut sich … weniger auf Weihnachten (Befürchtungen sind groß, dass zu dem italienischen Lifestyle überhaupt nicht passend, die Familien "getrennt" feiern müssen), sondern viel mehr auf den ersten Espresso in einer Bar (dem italienischen Treffpunkt, Ort des Small Talks und der zum Lesen ausgelegten Zeitung mit Plastikumschlag), wo man vielleicht einen/eine Bekannte(n) trifft, dann über Gott und die Welt, das Wetter oder Sport, die Familie oder Kinder oder sogar über SARS-CoV-2 redet, nicht stundenlang, nur kurz … das reicht, rettet nicht das Gesundheitssystem, aber den Tag.

Es hört nicht auf ...

Hetze und rechte Gewalt nehmen immer mehr zu – nicht nur in Deutschland

Bernd Krause

Am 9. Oktober jährte sich der rechtsradikale Anschlag auf die Synagoge in Halle an der Saale, bei dem zwei Menschen ermordet wurden, zum ersten Mal. Anlässlich dieses Ereignisses sagte Außenminister Heiko Maas der Deutschen Presseagentur: „Inzwischen gibt es alle 24 Minuten in Deutschland eine rechtsextrem motivierte Straftat. Das sind keine Einzelfälle, sondern das ist die bittere rechtsradikale Realität in Deutschland."

Ich hatte überlegt, ob ich nochmal etwas über Rassismus und Rechtsradikalismus schreiben sollte. Freunde, Nachbarn, ehemalige Kolleg*innen und sogar Verwandte teilten mir mehr oder weniger deutlich mit, dass dies Thema überholt und nicht mehr zeitgemäß sei. Sie meinten: immer wieder das Gleiche. Wir sind keine Rassisten. Wir leben in der Moderne, haben nichts gegen Ausländer und so weiter und so fort.

Der Sozialpsychologe und Professor für Konfliktforschung, Andreas Zick, der zur gesellschaftlichen Mitte forscht, sagte in einem Interview in der „taz": „Wir halten uns und andere oft für toleranter als wir es sind. Eine entscheidende Diskrepanz liegt darin, dass unseren Studien zufolge zwar 29 Prozent aus der Mitte der Gesellschaft offen für neurechte, demokratiefeindliche Ideologien sind, 80 Prozent von ihnen aber zugleich behaupten, überzeugte Demokraten zu sein."

Weiter bemerkte er u. a., dass wir den Anteil politischer Bildung in den Schulen heruntergefahren hätten, aber gerade jetzt und in Konfliktsituationen diese dringend bräuchten. Momentan nähme in der Mitte der Bevölkerung die Legitimierung von Hass- und Gewalttaten zu, aber es werde ignoriert. Selbstverständlich ist für mich, dass immer wieder und überall darüber gesprochen und diskutiert werden muss. Es hört einfach nicht auf, sondern wird heftiger.

Ende Oktober gab es in Bremen-Huchting einen rassistischen Gewaltangriff auf eine junge Frau, die während der Fahrt in einem Bus von drei Männern beleidigt und körperlich angegriffen wurde. Sie wurde schwer verletzt und musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Täter konnten gefasst werden. Vorfälle dieser Art sind zutiefst erschütternd. Der Rechtsextremismus ist höchst bedrohlich geworden. Das Schlimme ist, dass sich die Täter*innen anscheinend selbstsicher in der Öffentlichkeit ihrem Hass hingeben können.

Rechte Netzwerke werden von der Justiz bis heute nicht ernst genommen. Ein Umdenken findet nur langsam statt. AfD, Identitäre, Pegida und die „Neuen Rechten" formieren sich schon seit langem. Die Neue Rechte will die soziale Frage für sich instrumentalisieren, mit eigener Gewerkschaft, mit Politikern, die sich als Kohlekumpel inszenieren, mit einem patriotischen 1. Mai und einem neurechten Wirtschaftsmagazin, so in einem Artikel von „Die Zeit".

Rechter Hass in Uniform ...

Ich wollte nie zur Bundeswehr, wurde aber vor über 40 Jahren per Gerichtsbeschluss dazu gezwungen. Schon damals gab es rechte Tendenzen, ein blödsinniges Gefasel von Nationalstolz, reinrassigen Deutschen und ähnlichem.

Ich glaube, dass es teilweise daran liegen könnte, dass es legal ist, bei der Armee Waffen zu tragen und in einer Uniform öffentlich aufzutreten, aber sicherlich ist auch ein Korpsgeist vorhanden. Allerdings, so wie es heute ist, habe ich es wahrlich nicht empfunden. Ich denke da an das rechtsextreme Netzwerk im Kommando Spezialkräfte (KSK) in der Bundeswehr. Dort wurden Waffen, Munition und Sprengstoff für den Tag X gestohlen und außerhalb gehortet.

Aber auch bei der Polizei gibt es einige mit antisemitischen und rassistischen Motiven gespickte rechtsextreme Netzwerke, die Mails und Briefe mit Morddrohungen und Beschimpfungen,

unterzeichnet mit „NSU 2.0“, an Politiker*innen, Rechtsanwälte und andere ihnen nicht wohlgesonnene Menschen verschicken. Polizisten als Reichsbürger, Polizisten mit Hitlergruß und viele problematische Chatgruppen - es fällt schwer den Überblick zu behalten. In Hessen ist kürzlich sogar ein Polizist mit privatem Nazimuseum aufgeflogen!

... wohl auch in Bremen

Im November 2020 wurde bei der Bremer Berufsfeuerwehr eine Chatgruppe entdeckt, die wahrscheinlich seit zehn Jahren rechtsradikale und rassistische Bilddokumente übelster Art geteilt haben soll. Besonders verwerflich ist, dass Dienstvorgesetzte eingebunden und informiert waren, aber nichts unternahmen. Im Gegenteil, einige von ihnen beteiligten sich an den frauenfeindlichen und sexistischen Mitteilungen. Diese Vorfälle haben nicht nur einen hohen Schaden in der Öffentlichkeit angerichtet, sie werden uns auch noch lange begleiten. Der Innensenator selbst ist bei der Aufklärung dabei, und die ehemalige Präsidentin des Oberlandesgerichts übernimmt die Untersuchung des Bild- und Tonmaterials.

Auch bei sogenannten „Querdenkern“, die immer öfter an Demonstrationen „gegen Corona-Maßnahmen“ teilnehmen, missbrauchen Menschen die Namen von den Nazis ermordeter junger Menschen. So faselte z. B. eine junge Frau auf der Bühne bei einer Kundgebung in Kassel: „Ich fühle mich wie Sophie Scholl ...“ Auch Anne Franks Name wurde so missbraucht. Sie sollten sich schämen.

Und in den USA gibt es schon 20.000 „Proud Boys“, auf Deutsch „Stolze Jungs“, mit zunehmender Tendenz (Frankfurter Rundschau v. 2.10.2020, Autor Mirko Schmid). Bekannt wurden sie im US-Wahlkampf, als Donald Trump auf einer Veranstaltung in ihre Richtung sagte: „ Stand back and stand by“, also „Haltet euch zurück, aber seid bereit“. Auch in Australien und England sind solche Gruppierungen aktiv. Sie sind offen rassistisch, rechtsextrem und faschistisch, zudem schwer bewaffnet. Ihr Hass richtet sich nicht nur gegen People of Colour, sondern gegen staatliche Institutionen und Frauen.

In Bremen forderte Libuse Cerna, Vorsitzende des Bremer Rats für Integration, im Falle der jungen Frau aus Huchting Aufklärung und kündigte gleichzeitig eine Kampagne an, um rassistische Übergriffe öffentlich zu machen und Frauen zu ermutigen, Vorfälle anzuzeigen. Der Rat geht hierbei von einer Zunahme solcher Fälle aus. Übrigens: Ein Koalitionsausschuss plant nun, dass der Begriff „Rasse“ endgültig aus dem Grundgesetz gestrichen wird.

Wir als Gewerkschafter, aber auch als Bürger, sollten aufmerksam und aufklärerisch sein. Lasst uns die Demokratie schützen und bewahren!

Ein massives Gitter versperrt seit Jahren den Zugang zum 1935 eröffneten Kriegsdenkmal am Osterdeich.

Der „Heldenhain“ auf der Altmannshöhe

Wolfgang Bielenberg

Wer war noch nicht auf der Altmannshöhe? Der sanfte Hügel in den Wallanlagen, hinter der Kunsthalle, bietet einen schönen Blick auf die Weser und den Wasserturm, die„Umgedrehte Kommode“. Besonders am Abend ein lauschiger Platz.

Steinskulptur „Mutter und Kinder“

Leider wird diese Idylle gestört durch die Anlage in Form einer Ringmauer, die nun schon seit über 85 Jahren dort steht: Es handelt sich um eines der größten in Deutschland errichteten Kriegsdenkmäler. In Form einer „Totenburg“ sind hier die Namen von über 10.000 während des 1. Weltkriegs getöteten Bremer Soldaten in Ziegeln eingraviert, zusätzlich die von Angehörigen der Freikorps, die 1919 die Bremer Räterepublik niederschlugen. Namen von SA-Kämpfern wurden auf Weisung des alliierten Militärrats nach 1945 entfernt. Über den Ziegeln eingemeißelt ist der „Chor der Toten“ von C.F. Meyer: „Wir Toten, wir Toten sind größere Heere … Drum ehret und opfert! Denn unser sind viele!“ Innerhalb des Rundbaus steht ein „Altar“, der die beabsichtigt „weihevolle Atmosphäre“ unterstreicht.

Entworfen wurde die Anlage von dem Architekten Heinrich Wiepking und dem Bildhauer Ernst Gorsemann, ab 1934 Professor an der „Nordischen Kunsthochschule“. Von ihm stammt auch die Statue „Mutter mit Kind“ gegenüber dem Eingang der Rundmauer.

Den 2. Weltkrieg überstand die Anlage recht unbeschadet. Der Kopf der Mutter sowie wenige Namensziegel wurden kurz vor Kriegsende durch Bombensplitter zerstört. Gorsemann selbst ersetzte den Kopf 1963 und „entnazifizierte“ ihn: Die Frisur einer Germanin wird jetzt von einem Kopftuch bedeckt.

Nachdem der Platz innerhalb der Rundmauer wiederholt von Rechtsradikalen für Veranstaltungen missbraucht wurde, ist der Eingang mit einem Tor verschlossen worden. Seitdem wächst dort das Gestrüpp mannshoch. Links vom Eingang wurde eine Tafel angebracht, die über die Geschichte aufklärt.

Es hat wiederholt Initiativen gegeben, das Kriegsdenkmal zu verändern oder es – wie beim Anti-Kolonialdenkmal (Elefant) – umzuwidmen. Es gab konkrete Vorschläge von Künstlern. Das Bremer Friedensforum schlug vor, als Gegengewicht eine Skulptur des unbekannten Deserteurs aufzustellen. Alles wurde abgelehnt.

Aktuell wird im Beirat Mitte über die Einberufung eines Runden Tisches diskutiert, an dem sich Vertreter von Politik und Behörden, Kulturschaffende und Interessierte über eine Zukunft der Anlage verständigen. 85 Jahre Kriegsverherrlichung dürfen so nicht stehenbleiben. Es ist Zeit für eine Veränderung.

Die Anhöhe ist benannt nach Isaak Altmann (1777 – 1837). Der Landschaftsgärtner gestaltete neben den Wallanlagen auch den Riensberg-Park am Focke-Museum.

„Untermenschen“

*Sowjetische Zwangsarbeiter*innen*

Reiner Meissner

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar ist in Deutschland ein nationaler Gedenktag, der 1996 durch den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt wurde. In Bremen wird zum 25. Mal, koordiniert vom Verein „Erinnern für die Zukunft“ und der Landeszentrale für politische Bildung, ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm angeboten. Die zentrale Gedenkveranstaltung wird das Thema „Sowjetische Zwangsarbeiter*innen“ haben.

Im Juni 1941, vor 80 Jahren, überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Ende Oktober 1941, nur vier Monate nach dem Überfall, waren die ersten russischen Kriegsgefangenen mit der Eisenbahn auf dem Oslebshauser Verschiebebahnhof angekommen. Ein Mitarbeiter des Bausenators hielt damals fest: „Die körperliche Verfassung der Gefangenen war derart schlecht, dass der (Arbeits-) Einsatz vorläufig nicht erfolgen konnte.“ Im November 1941 schrieb der damalige Bremer Bausenator, „dass von 600 Russen, die in Bremen angekommen, nach kurzer Zeit bereits 180 gestorben, weitere 100 schwer erkrankt und der Rest kaum arbeitsfähig“ waren. Sowjetische Kriegsgefangene stellten nach den Juden die zweitgrößte Opfergruppe nationalsozialistischer Vernichtungspolitik dar.

Ein sowjetischer Kriegsgefangener schenkte Traudel Kassels Vater diese Bastelarbeit – als Dank für etwas Brot. Nur die Kugel unten ist nicht mehr original erhalten.

Weil die deutschen Arbeitskräfte im Krieg waren, mussten die (russischen) Kriegsgefangenen und ab 1942 auch die verschleppten Zivilisten („Ostarbeiter“), immer mehr Aufgaben in der Bauindustrie (Bunkerbau, Beseitigung von Fliegerschäden) und in Rüstungsbetrieben (z.B. Borgward, Focke Wulf Flugzeugbau) übernehmen. In Bremen trafen im April 1942 erste „Transporte“ von russischen „Ostarbeitern“ ein. „Fremdvölkische“ war der NS- Begriff, unter dem Kriegsgefangene und die aus den besetzten Ländern zur Zwangsarbeit verpflichteten Arbeiter*innen erfasst wurden. Russinnen und Russen standen in der Hierarchie ganz unten. Sie waren die „Untermenschen“.

Die ausländischen Arbeitskräfte waren in Bremen in über 200 Lagern, über das Stadtgebiet verteilt, untergebracht. Laut Listen der Gestapo waren 1944 insgesamt 38.567 „Zivilarbeiter“ in Bremen. Von diesen fielen 14.486 Personen unter die Kategorie „Ostarbeiter“. Es gab separate „Ostarbeiterlager“. Firmen, die „Ostarbeiter“ beschäftigten, mussten für eine lückenlose Bewachung sorgen. In Bremerhaven arbeiteten zwischen 1942 und 1945 mindestens 14.000 Zwangsarbeiter, die in mehr als 20 Lagern untergebracht waren.

[links]
Zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter in Bremerhaven/Wesermünde. Zwischen 1940 und 1945 litten und starben in Lagern unserer Stadt Menschen aus der Sowjetunion, Frankreich, Polen, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Bulgarien, Italien sowie Staatenlose, Sinti und Roma

[rechts]
An dieser Stelle befand sich von 1941 – 1945 das Zwangsarbeiterlager „Baggerloch". Es war eins von 21 Lagern in Bremerhaven/Wesermünde, in denen während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Männer, Frauen und Kinder festgehalten wurden. Diese Menschen mussten während des Zweiten Weltkriegs in unserer Stadt unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Viele von ihnen fanden den Tod.

Hunger und Krankheit: Viele Betriebe, die russische Arbeiter*innen angefordert hatten, kritisierten die mangelnde Ernährung der Lagerinsassen, weil sie zu schwach für die Arbeit waren: „Die Leute sind schwer zur Arbeit heranzuziehen, und zwar insofern, da sie nichts in den Knochen haben und umfallen." In den Lagern fehlte es an sanitären Einrichtungen, Seuchen griffen um sich. Wer zu erschöpft war, um zu arbeiten, wurde in ein Sammellager abgeschoben. Von dort aus gingen die Transporte dann in Vernichtungslager.

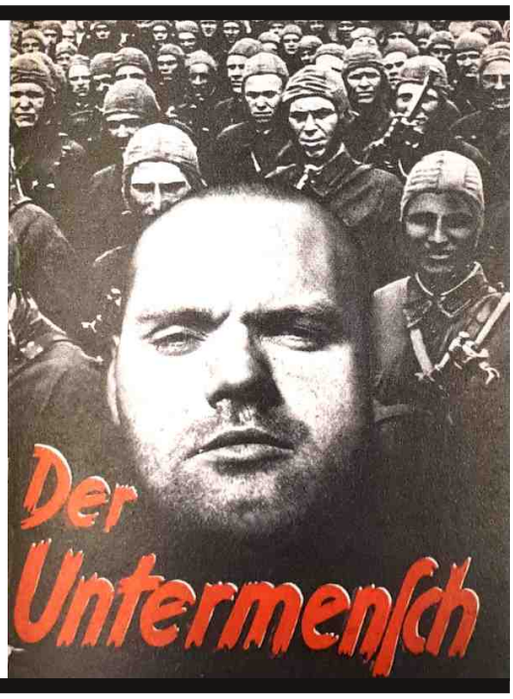
Bei Kriegsende waren in Bremen noch etwa 29.000 ausländische Zwangsarbeiter im Einsatz. Mindestens 6.000 Menschen fanden in Bremen den Tod – nur 1364 von ihnen sind namentlich bekannt.

Aktion „Kein Gras drüber wachsen lassen": Im letzten Jahr hat der Bremer Verein „Deutsch-Russische Friedenstage" (siehe WIR Nr. 38) auf dem Osterholzer Friedhof mehrere hundert Grabplatten von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen aus der Sowjetunion, die in Bremen um das Leben gebracht wurden, von Moos und Schmutz gereinigt.

Kontakte – Kontakty: Der Berliner Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion setzt sich für ein friedliches und respektvolles Miteinander zwischen Deutschland und Russland ein. Im September/Oktober 2018 wurde im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack die Ausstellung „Russenlager und Zwangsarbeit" gezeigt. Der Begleitband mit Fotos und Texten ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener kann noch beim Verein bestellt werden.

Einer Teilauflage der WIR liegt der Flyer mit dem Veranstaltungsprogramm rund um den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus bei. Buchempfehlung: „Vergessene Opfer- Die Erinnerungsarbeit des Vereins Walerjan Wrobel Verein Zwangsarbeit e. V.", Staatsarchiv Bremen

Ihre rassistische Vernichtungsideologie richteten die Nazis nicht allein gegen die Juden ... Die Abbildung stammt aus einem NS-Propagandawerk.



Informationen im Netz

deutsch-russische-friedenstage.de
Kontakte-kontakty.de

Lobbyismus in Berlin

Die Bundesregierung will nun endlich ein Lobbyregister einführen

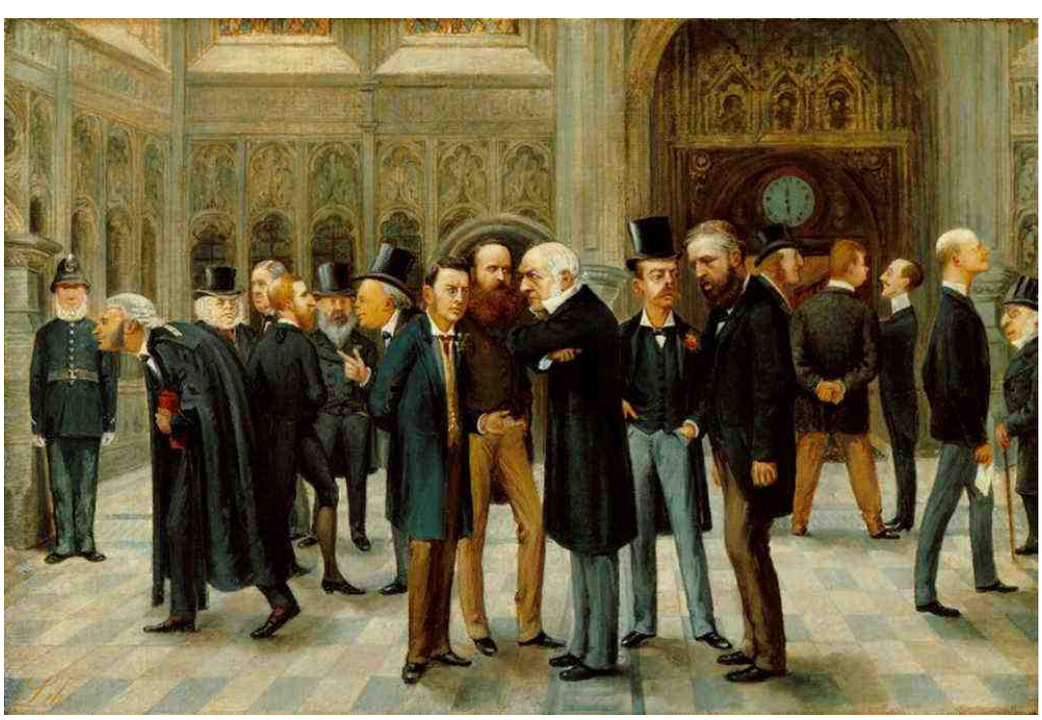
Bernd Krause

Die Berliner Reinhardtstraße in der Nähe des Regierungsviertels hat den inoffiziellen Beinamen „Lobbypromenade“. Etwa 800 Lobbyisten, mehr als Bundestagsabgeordnete, haben einen Hausausweis. Laut FAZ vom 11. September 2020 gibt es in Berlin ca. 6.000 Lobbyisten. Übrigens sind es in Brüssel sehr wahrscheinlich weit über 20.000. Gerne nennen sie sich auch Berater. Sie sind fast alle aus der Wirtschaft und betreiben als „Strippenzieher“ eher eine Hinterzimmerpolitik. Die wenigsten treffen sich im Bundestag. Häufig sind sie in den Restaurants rund um das Regierungsviertel oder auf Empfängen anzutreffen.

Der Berliner Politikwissenschaftler Dieter Plehwe, Gründungsmitglied von „LobbyControl“, hat schon vor einigen Jahren ein „Lobbyregister“ gefordert. Im September nun endlich diskutierte der Bundestag einen Gesetzesentwurf zum Lobbyregister. Kritik kam nicht nur aus der Opposition, sondern auch von den Lobbyisten selbst. Sie warnten nicht vor zu viel, sondern vor zu wenig Regulierung. Nach Aussage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) würde der Gesetzesentwurf nur Lobbyismus gegenüber Bundestagsabgeordneten betreffen. Das würde aber nichts nützen, da 80% aller rechtlichen Regelungen in Deutschland nicht vom Parlament, sondern in der Regel innerhalb der Bundesregierung entschieden werden.

Trotz eines Registers wären viele Fälle nicht öffentlich geworden, so etwa die Bemühungen des CDU-Politikers Philipp Amthor, der bei Wirtschaftsminister Altmaier Werbung für das Start-up „Augustus Intelligence“ aus den USA machte. Oder das Beispiel des früheren Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), der die Kanzlerin um Unterstützung für seine Beratungsfirma bat, welche auch den inzwischen insolventen Zahlungsabwickler „Wirecard“ beriet. Einige frühere Bundestagsabgeordnete sitzen heute an entscheidenden Stellen in der Wirtschaft, z. B. bei Medienkonzernen. Lobbyarbeit ist dann besonders effektiv, wenn die Gesetzes- oder Verordnungstexte gleich von den Lobbyisten geschrieben werden.

Ein Lobbyist, der u.a. für die private Vorsorge zur Rente eintritt, Professor Bernd Raffelhüschen, laut „Focus Money“ ein Star-Ökonom, lieferte Anfang August folgende Schlagzeilen: „Rentner sind die Profiteure der Corona-Krise“. Er meinte



Die Lobby, also die Wandelhalle im Palace of Westminster, war namensgebend für die gezielte Beeinflussung des Parlaments.

Wenn im Plenum des Bundestags debattiert wird, ist ein Großteil der Entscheidungen schon gefallen, auch im direkten Austausch von Interessensvertretern mit Regierungsstellen.

dies richtig ernst und ergänzte, dass Rentner keine Einkommensverluste erleiden, sondern besser davonkommen als die anderen, die für ihre Rente bezahlen. Dies ist an Zynismus nicht zu überbieten. Und Tilman Kuban, „Junge Union"-Vorsitzender und Mitglied im CDU-Bundesvorstand, setzte noch einen drauf, man müsse sich zukünftig mit einer Rentenkürzung befassen.

Dabei gibt es genügend Krisengewinner: Der reichste Mensch der Welt, Jeff Bezos, Eigentümer von Amazon, hat ca. 25 Prozent mehr Umsatz gemacht, er besitzt nun ca. 200 Milliarden Dollar. Aber auch in Deutschland haben die Discounter Aldi, Lidl und Kaufland zugelegt. Friedrich Merz, eventueller CDU-Vorsitzender, könne sich nun gut vorstellen, Sozialausgaben zu kürzen. Welche Lobbyinteressen vertritt er?

Die Bundestagsabgeordnete der Linken Doris Achelwilm ist dagegen der Meinung, dass nun dringend eine Vermögensabgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung kommen sollte. Der ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel plädiert in seinem neuesten Buch „Das Gift der Ungleichheit" in der Quintessenz von einer „Agenda fortschrittlicher Politik" für ein stärkeres Miteinander von Gewerkschaften, sozial fortschrittlichen Parteien, Umweltverbänden und sozialen Initiativen. Ein Aufbruch in eine gerechte, umweltfreundliche Gesellschaft sei möglich.

Der schon oben erwähnte Wissenschaftler Dieter Plehwe antwortete auf die Frage, welche Möglichkeiten es gäbe, den Gefahren des Lobbyismus und den machtelitären Beeinflussungsversuchen der Politik entgegenzutreten, Folgendes: Politische Verhältnisse beruhen immer auf Macht und Gegenmacht. Zentral für alle Seiten ist die Frage der Organisation. Viele denken, es sei eine Illusion, gegen mächtige Interessen anzutreten, zumal in Europa oder gar darüber hinaus. Vielen Gruppen in der Gesellschaft täte eine gehörige Portion gewerkschaftlichen Denkens in modernen und vielfältigen Formen sehr gut, um zu erleben, dass Politik vom Einzelnen oder kleinen Gruppen nicht hingenommen werden muss. Zum anderen brauchen wir nach wie vor mehr Aufmerksamkeit auf wichtige Voraussetzungen, um einseitige Lobbymacht und unlautere Einflussnahme zu begrenzen. Es ist heute nicht mehr akzeptabel, dass wesentliche Informationen über Lobbyakteure aller Art schwer zu recherchieren sind, weil es an Transparenzvorschriften mangelt. Dabei mitwirken müssten investigative Journalist*innen, Sozialforscher*innen und Jurist*innen ebenso wie wir alle.

Die Vorlagen für das im September diskutierte Lobbyregister wurden erst einmal an einen Ausschuss überwiesen. Könnte also noch dauern.

Bessere Pflege in Sicht?

Das Versorgungsverbesserungsgesetz

Marlene Henrici

Zum 01. Januar 2021 soll schon wieder ein neues Gesetz dafür sorgen, dass die Situation, diesmal in der Altenpflege, verbessert wird. Es sollen 20.000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte geschaffen werden.

Außerdem soll es ein dreijähriges Förderprogtramm für Hebammen und die Einbeziehung der Kinder und Jugendmedizin in die Förderung für ländliche Krankenhäuser enthalten.

Herr Spahn ist sicherlich sehr fleißig und - wie sagt man so schön - sehr bemüht, die desolate Situation in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen zu verbessern. Es wird ein Gesetz nach dem anderen für eine Verbesserung in der Pflege zur Verabschiedung ins Parlament eingebracht.

Ich stelle nur leider fest, dass sich trotz dieser Gesetzesflut die Situation in den Kliniken und Pflegeheimen nicht verbessert. Wenn ich mit Beschäftigten in der Pflege spreche, wird sogar von einer Verschärfung des Zustandes berichtet. In den Kliniken und Pflegeeinrichtungen liegt schon lange vieles im Argen. Das hat bisher leider nur wenige interessiert. Bedingt durch Corona wurde allen die Wichtigkeit einer guten Kranken- und Altenversorgung deutlich. Ja, es wurde sogar Applaus gespendet. Endlich gibt es Anerkennung für die wichtige, verantwortungsvolle und schwere Arbeit. Das alleine reicht aber nicht, um die Situation zu verbessern.

Zur Zeit finden Tarifverhandlungen statt und es wird deutlich, dass leider nicht mehr als ein Dankeschön für die Beschäftigten eingeplant ist, frei nach dem Motto „Vergelt's Gott" Ein angemessenes Gehalt ist wichtig, wird aber am Personalmangel wenig ändern.

Was brauchen wir wirklich?

▸ **Personalbemessungsverfahren**. Es muss endlich ein bundesweit einheitliches Verfahren zur Personalbemessung eingeführt werden, welches sich am Pflegebedarf orientiert.
▸ **Abschaffung der Fallpauschalen.** Der Kostendruck, der durch die Einführung der Fallpauschalen zur Finanzierung entstanden ist, ist gefährlich für die Versorgung. Der Versorgungsbedarf muss im Vordergrund stehen. Durch die Abrechnung nach Fallpauschalen entstehen falsche Anreize.

Einige Beispiele

▸ Es ist festzustellen, dass seit Einführung dieses Berechnungsverfahrens lukrativ gegenfinanzierte Operationen stark zunehmen.
▸ Geburtskliniken wurden geschlossen, da eine normale Geburt kaum die Kosten deckt.
▸ Die Versorgung von Kindern lohnt sich wegen des hohen Zeitaufwandes kaum.

So kann es nicht weitergehen!

Es muss also eine grundsätzliche Änderung im System erfolgen! Gesundheit und eine Versorgung im Alter ist keine Ware.

Liebe KollegInnen,

wieder eine gelungene Mischung, mit Klassenstandpunkt, auch für Menschen ohne Marxismus-Studium verständlich. Ich habe mich über jede neue Nr. gefreut und sie an andere verteilt.
Das Foto auf S. 16 zeigt aber nicht Hugo Köser - oder?

Solidarische Grüße, Hartmut Stinton

Lieber Hartmut, die WIR hat recherchiert: Es ist Hugo.

Hallo Ihr Lieben,

ganz herzlichen Dank für Eure Zusendung von WIR. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich sie immer noch bekomme, obwohl ich schon lange nicht mehr dabei bin, aber … ich mache in Hannover immer noch Gewerkschaftsarbeit.

Wünsche Euch allen alles Gute,
Eure Charlotte Lampe

ver.di-Senior*innen besuchen Bürgermeister Bovenschulte

Bernd Krause

14 Kolleg*innen und der ver.di-Geschäftsführer wurden für fast zwei Stunden Anfang September ins Rathaus eingeladen. Die Zeit war wie immer für unsere Fragen recht knapp. Der Bürgermeister aber hat uns für das nächste Jahr wieder eingeladen.

Wir diskutierten mit ihm u. a. über Wohnungsbau in Bremen. Im letzten Jahr wurden 1.500 neue Wohnungen in Bremen gebaut, 10.000 Wohnungen wäre das Ziel in der Legislatur, was wahrscheinlich nicht zu schaffen ist. Neu ist auch, dass bei Neubauten ab 20 Wohnungen auf öffentlichem Grund jetzt 30% Sozialwohnungen sein müssen. Bremen hat auch über die Gewoba einige Gebäude zurück gekauft. Auch der große Bedarf an Einfach-Wohnungen für Obdachlose wurde besprochen. Andreas Bovenschulte meinte aber, manche der Obdachlosen wollten das gar nicht. Trinkbrunnen sind in Planung, Bau und Betrieb muss aber mit der swb abgesprochen werden. Kostenlose Toiletten sind ein Riesenproblem, sie werden oft missbräuchlich benutzt (Junkies). Diese müssten personell betreut werden.

Für den Kampf gegen Dreck und die Vermüllung der Stadt fehle es einfach an Geld und somit auch an Personal, der Umweltbetrieb könne nicht überall sein. Bremen sei nun mal bitterarm. Der ÖPNV wurde ausgiebig besprochen, der Bürgermeister hatte ein offenes Ohr. Nur, wie soll es angegangen werden? Zurzeit wird die BSAG mit fast 90 Millionen Euro pro Jahr vom Land Bremen bezuschusst, über 100 Millionen Euro kostet die BSAG zusätzlich pro Jahr. Die Gewerkschaften sollen und werden sich Gedanken machen, wie eine Verbesserung des ÖPNV erreicht werden kann. Er, Bovenschulte, würde sich freuen, wenn Bremen dabei bundesweit ganz vorne wäre. Um den Klimaschutz und die CO2-Bilanz zu verbessern, kam ein Vorschlag von uns, Busse durch Straßenbahnen zu ersetzen, z. B. durch Verlängerung der Linien 2 und 10 in beide Richtungen.

Gelobt wurde er von uns, dass er am 1. September zum ersten Mal die Friedensflagge am Rathaus aushängte und sich als „Mayor for Peace“ darstellte. Auch seine Rede und die des ver.di-Geschäftsführers zum Antikriegstag waren sehr aussagekräftig. Zur Abschaffung der Rüstungsindustrie im Lande Bremen verwies er uns auf die IG Metall, mit der wir es gemeinsam angehen sollten.

Insgesamt waren wir, auch bezüglich der Bewältigung der Coronakrise, relativ zufrieden. Wir bleiben an den Themen dran, wir mischen uns ein.

Soweit es die Corona-Regeln zuließen, gab es am 1. Oktober zu Füßen des Rolands ein buntes Programm.

Internationaler Tag der älteren Generation

Bernd Krause

Am 1. Oktober 2020 feierten wir Älteren in den Gewerkschaften mit Gästen zum 10. Mal unseren Tag - zum ersten Mal auf dem Marktplatz Bremen. Corona-bedingt ohne Bühne, ohne Stände von Sozialverbänden und Parteien, ohne Sitzbänke und mit dem gehörigen Abstand.

Für den DGB eröffnete Daniela Teppich um 11:00 Uhr die Veranstaltung, danach gab es einige kurze Ansprachen u.a. von Prof. Rudolf Hickel. Er hinterfragte, woher das Geld für die Krisenbewältigung kommen soll. Milliardenkredite wurden vor allem für Großkonzerne und Unternehmen bewilligt. Viele kleine Unternehmen und Selbständige bleiben auf der Strecke, gehen insolvent. Sehr wahrscheinlich werden wie immer die Ärmsten der Gesellschaft dies tragen müssen, die Reichsten profitierten wie immer als Gewinner. Hickel forderte, gerade jetzt müssten die Reichen es auf ihren starken Schultern tragen. Dies gab es schon einmal, nach dem 2. Weltkrieg, es nannte sich Lastenausgleich. So etwas könnte man heute auch erwarten.

Unser Kollege Holger Zantopp trug auf Plattdeutsch zwei Kurzgeschichten vor, eine ist so schön. Sie soll im Wortlaut wiedergegeben werden.

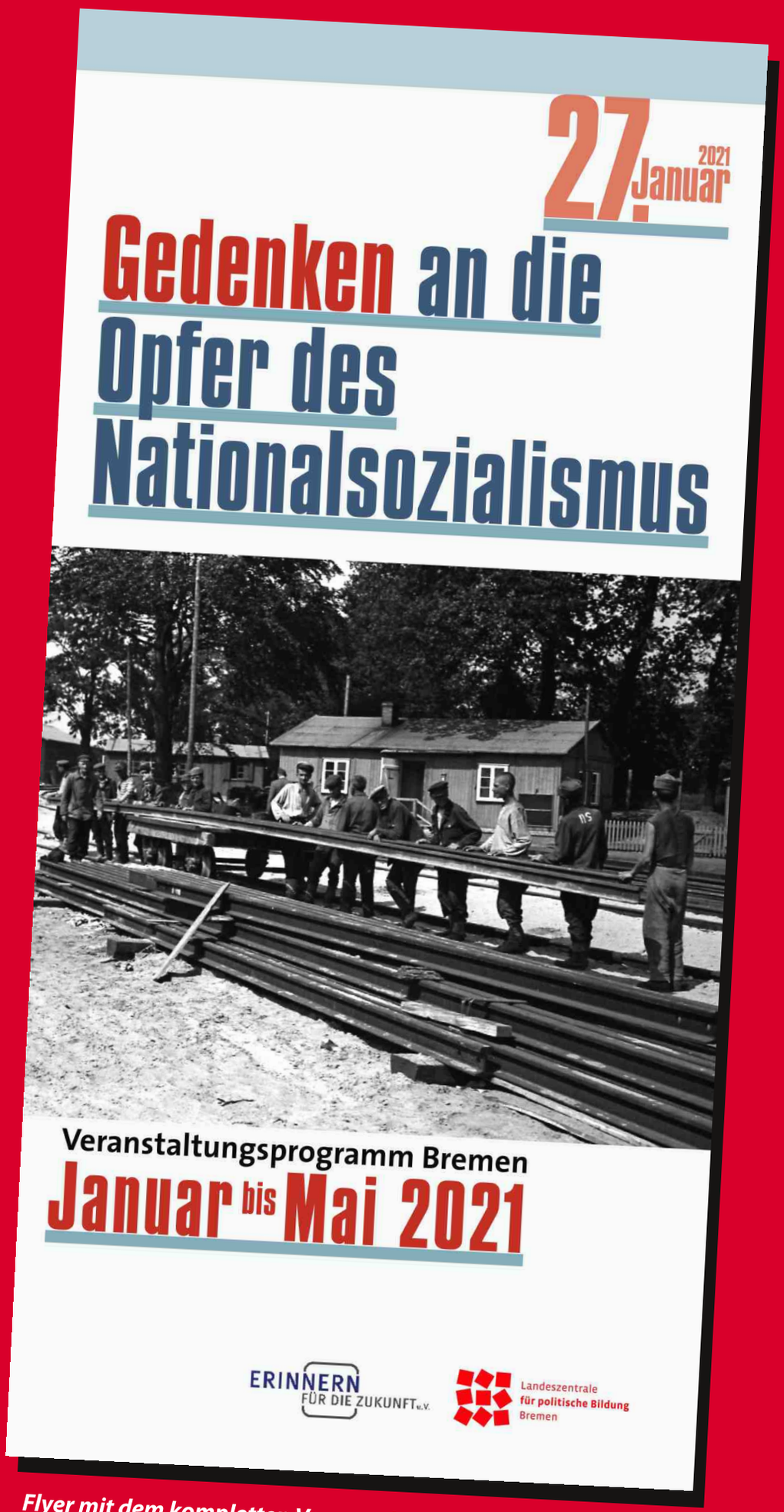
De Klimakris maakt vunwegen Corona keen Paus: „Un wat is nu mit dat Klima in Bremen, Bremerhaven un ümto? De Senaat meent, de Klimawannel warrt nich an uns Bunnsland vörbigahn. Se rekenet mit mehr Starkregen, gewaltige Störm un dat jümmers mal wedder bannig hitt warrt. De Spegel vun de See, dat is op Hochdüütsch de Meeresspiegel, warrt in ganz Norddüütschland anstiegen."

Die andere handelte von dem allgegenwärtigen Thema Corona. In Corona-Tieden „hollt wi Afstand, wi mööt avers ok politisch Afstand hollen vun all Lüüd, de Corona, den Klimawannel un de Minschenrechten lüttsnackt."

Joachim Barloschky, der Sprecher des Aktionsbündnisses „Menschenrecht auf Wohnen" behandelte neben Corona selbstverständlich das große Thema Wohnen. Gerade in der Krise muss bezahlbares Wohnen möglich sein oder Mietzahlungen müssen eben für eine Zeit ausgesetzt werden. Für den Gesundheitsbereich sprach der Kollege Bernhard Memmering Leiter der katholischen Krankenhausseelsorge.

Zwei FSJ ler (Freiwilliges Soziales Jahr) des DGB begleiteten die Veranstaltung mit Interviews der Teilnehmenden. Die Ergebnisse wurden auf Papier festgehalten und an einer Wäschespinne aufgehängt, für alle sichtbar.

Die zwei Stunden waren sehr schnell um. Es wurden die Corona-Regeln eingehalten. Trotz der angespannten Lage waren die Veranstalter doch recht zufrieden. Dass alles im nächsten Jahr wieder besser wird, war und ist der große Wunsch von uns allen. Wir werden den 1. Oktober 2021 auf jeden Fall wieder feiern.



*Flyer mit dem kompletten Veranstaltungsprogramm werden an vielen Stellen ausgelegt, natürlich auch im DGB-Haus. Siehe auch den Artikel „Sowjetische Zwangsarbeiter*innen“ hier im Heft, Seite 21.*